

Beschluss der Studentischen Vollversammlung am 28.11.2019

Die Studentische Vollversammlung beschließt:

Die Studentische Vollversammlung stellt fest, dass die Hochschulfinanzierungspläne der Landesregierung unzureichend sind und in keinem Verhältnis zu den Bedürfnissen der Hochschulen, der Student*innen, der Mitarbeiter*innen und Lehrenden, sowie der Forschung stehen.

Wir fordern deshalb die Universität auf, ihre bisherigen Forderungen, die ebenfalls bei weitem nicht dem Bedarf gerecht werden und deshalb schon ein Kompromissvorschlag sind, weiterzuverfolgen und nicht auf geringere Angebote der Landesregierung einzugehen.

Die Universität wird des Weiteren dazu aufgefordert, bei der Verteilung einen deutlicheren Fokus auf die Lehre zu legen.

Die Studentische Vollversammlung verurteilt außerdem den sehr hohen Anteil an Drittmitteln. Nicht nur kommen Drittmittel höchstens indirekt der Lehre zu Gute, vor allem stehen sie der Vorstellung von allgemeiner akademischer und wissenschaftlicher Freiheit entgegen. Der sehr hohe Anteil an Drittmitteln beschränkt die Handlungsmöglichkeiten der Forschenden, verschwendet Ressourcen durch endlose Antragsverfahren und macht Forschung von Interessen Dritter abhängig.

Die studentische Vollversammlung schlägt vor, ein Organ zu gründen, das über die Zulassung von Drittmitteln an der Universität Tübingen unter studentischer Beteiligung mit entscheidet.

Im Einzelnen sind die Forderungen:

- Erhöhung des Landeszuschusses um mindestens 1.000 Euro/Student*in
- Erhöhung der Grundfinanzierung von mindestens 3 Prozent pro Jahr
- demokratische Mitbestimmung von Student*innen, wie die Mittel verausgabt werden
- mehr Mittel für langfristige Qualität in der Lehre
- deutlich mehr entfristete angestellte Wissenschaftler*innen und insgesamt weniger Befristung
- ein geringerer Anteil an Drittmitteln durch Erhöhung der Grundfinanzierung
- Abschaffung der diskriminierenden Studiengebühren für EU-Ausländer*innen und Zweitstudent*innen und keine Einführung weiterer Studiengebühren

Wir rufen die Gesellschaft dazu auf, sich solidarisch mit den Anliegen der Hochschulen und der Student*innen zu zeigen.